



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Poloniu: Deutsch-polnische Verhandlungen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Deutsch-polnische Verhandlungen

Von Polonius



Die Entscheidung, die von der Botschafterkonferenz in Paris auf Grund des Gutachtens des Völkerbundsrates am 20. Oktober d. J. hinsichtlich der Teilung Oberschlesiens gefällt worden ist, sieht vor, daß die deutsche und die polnische Regierung über die durch die Zerreißung Oberschlesiens erforderlich gewordene Neuordnung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse in sofortige Verhandlungen eintreten. Die Alliierten haben sich dabei auf den letzten Absatz des Artikels 92 des Friedensvertrages berufen, der von der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen über die gegenseitigen finanziellen Lasten handelt und dessen hier in Frage kommender Schlußabsatz folgenden Wortlaut hat: „Durch spätere Abmachungen werden alle Fragen geregelt, die nicht in dem vorliegenden Vertrage geregelt sein sollten und die aus der Abtretung des genannten Gebietes entstehen könnten.“

Die Verhandlungen sollen von je einem deutschen und polnischen Bevollmächtigten unter dem Vorsitz einer vom Völkerbundsrat zu bestimmenden Persönlichkeit geführt werden. Ferner sieht der Bescheid des Obersten Rates die Einsetzung einer ständigen aus je zwei Vertretern der beteiligten Staaten und einem neutralen Vorsitzenden bestehenden Kommission vor, die die Zusammenarbeit für die auf 15 Jahre angelegte Übergangsperiode zu sichern bestimmt ist.

Gegen die grausame Zersplitterung Oberschlesiens hat die deutsche Regierung eine Rechtsverwahrung eingelegt. Selbstverständlich hat die Entente diesen Protest nicht anerkannt, aber er bleibt trotzdem bestehen. Ein Land, das seit Jahrhunderten eine Einheit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht bildet, kann nicht ungestraft auseinandergerissen werden. Segen wird durch das Unrecht für niemand erblühen, am allerwenigsten für Polen. Es hat in Oberschlesien triumphiert. Anscheinend steht ihm ein ähnlicher Sieg hinsichtlich Wilnas bevor, der Litauen endgültig unter polnischen Einfluß bringen dürfte. Auch Memel, das der Friedensvertrag von Deutschland losgelöst hat und das die Entschädigung der Litauer für das ihnen durch Beligowski entrissene Wilna bedeuten soll, würde dann wenigstens unmittelbar an Polen fallen. Warschaws politischer Ehrgeiz, der eine Wiedervereinigung des Reiches der Jagellonen anstrebt, wäre so wenigstens teilweise befriedigt. Auch nach der Ukraine, über die einst Polen an das Schwarze Meer gelangte, streckt es bereits wieder seine begehrlichen Hände aus. Aber dieser Staat, der sich vom Pontus bis zur Ostsee erstrecken möchte, sieht zwar, nachdem auch die Russen im Osten zurückgedrängt worden sind, äußerlich stark aus und er verfügt über ein mächtiges, von französischen Offizieren ausgebildetes Heer. Im Innern des Landes kassieren jedoch die tiefsten Risse. Zwischen den drei Bestandteilen des heutigen Polen, zwischen Kongresspolen, den ehemals preussischen Gebieten und den früher österreichischen Teilen herrscht alles andere als Harmonie. Drei ganz verschiedene Überlieferungen sollen in eine zusammengeschweißt werden. Dazu wäre ein ganz überlegener politischer Blick — und eine staatsmännische Persönlichkeit allerersten Ranges erforderlich. Die Polen besitzen zwar einen stark ausgeprägten nationalen Geist, eine Eigenschaft, die auch

der Deutsche bei ihnen rückhaltlos anerkennen muß, und sie sind nicht ungeschickt im Getriebe des internationalen Intrigenspiels. Aber schöpferische Kraft und aufbauende Tätigkeit sind Dinge, die den Polen nicht liegen. Beharrliche Arbeit ist seinem von zügelloser Phantasie und der Neigung zum Schwanken erfüllten Wesen fremd. Sind schon heute die innerpolitischen Verhältnisse kaum überschaubar, so werden sie sich noch viel verwickelter gestalten, falls Polen sich wieder fremde Gebiete aneignen darf. Der innerpolitische Ausgleich kulturell so verschiedenen Kreisen von Warschau bereits die ausgiebigsten Schwierigkeiten. Noch hoffnungsloser sieht die Lage aus, sobald man das wirtschaftliche Gebiet ins Auge faßt. Polen, das die Mittelmächte ins Leben gerufen haben, und das von der Entente dann in jeder Weise gefördert worden ist, ist wirtschaftlich in immer größere Bedrängnis geraten. Der Sturz der polnischen Mark, der durch die Zusprechung obererschlesischer Bezirke nur zeitweilig durch ein geringes Steigen unterbrochen worden ist, ist der sichtbarste Beweis für das geringe Vertrauen, das die Welt auf Polen setzt. Dieses ist heute vor allem ein Faktor in den militärisch-politischen Berechnungen des Siegerstaates, trotz aller freundlichen Phrasen deren Objekt. Schon Colbert, der weitblickende Finanzminister Ludwigs XIV., erkannte die Bedeutung Polens für den Kampf Frankreichs gegen das Deutsche Reich. Aber auch England setzte bei der Vorbereitung des Friedens große Hoffnungen auf das wiedererstehende Polenreich. Danzig und Memel sollten den Engländern die wirtschaftlichen Einfallstore nach Polen werden, von wo aus der russische Markt im gegebenen Augenblick erobert werden sollte, aber die Briten haben ziemlich rasch eingesehen, daß mit den Männern von Warschau nicht viel anzufangen ist. Wenn England trotzdem der französisch-polnischen Lösung über Oberschlesien zugestimmt hat, so erklärt sich das aus der gesamten politischen Konstellation, besonders aus dem Umstande, daß England, solange sein Verhältnis zu Amerika und Japan nicht geklärt ist, auf keinen Fall Frankreichs Machtpolitik durchkreuzen kann und will. Zudem liegt es auch im Sinne einer bestimmten Linie der englischen Politik, Deutschland, mit dessen Wiederverwachen die Engländer bestimmt rechnen, für die Zukunft im Osten vor Aufgaben zu stellen, die es unbedingt lösen muß, ehe es daran denken kann, seine Augen wieder nach Westen zu richten. Für Frankreich bedeutet Polen aber nicht nur ein Gegengewicht gegen ein auflebendes Deutschland im Osten, es soll ihm auch als Sprungbrett nach Rußland dienen. Das Großherzogtum Warschau wurde einst, als Deutschland ebenfalls vor den Franzosen am Boden lag, so zur Basis des napoleonischen Vormarsches nach Moskau. Eine doppelte Aufgabe erfüllt heute Polen auf diese Weise für die Franzosen. Zugleich ist es ihnen noch das Mittelstück des Schutzwalls gegen den Bolschewismus. Von allen Seiten arbeiten sich die Franzosen an Rußland heran. Schweden, wo in Branting ein Paris freundlicher Minister die Politik leitet, dient mit den Randstaaten an der Ostsee ebenso der Annäherung Frankreichs an Rußland wie bei den Abmachungen mit der anatolischen Türkei und beim Kampf um den Einfluß in Konstantinopel das russische Problem das letzte Ziel der Franzosen sein dürfte. Im Norden wie im Süden begegnen sich hierbei Frankreich und England als Rivalen um den Einfluß im russischen Reiche.

Polen besitzt zweifellos reiche Werte. Zu deren Hebung ist allerdings, soweit der frühere russische Teil in Frage kommt, so gut wie nichts geschehen. Auch in Galizien ist nun der Anfang einer rationellen Verwertung gemacht. Auf der Höhe standen allein die einst zu Preußen gehörenden Provinzen. Frankreich interessiert sich nun lebhaft für polnische Anlagen, die einen wichtigen Bestandteil seines Systems zur Erlangung der wirtschaftlichen Führerschaft in Europa bedeuten. Schon im früheren österreichischen Schlesien, in der Gegend von Teschen, hat Polen wertvolle Bezirke zugeteilt erhalten. Nun fallen ihm durch den willkürlichen Spruch von Genf auch noch die Schätze Oberschlesiens zu, die durch deutschen Fleiß zur Geltung gebracht worden sind. Auch hier, wo bereits englische und amerikanische Kapitalien beteiligt sein sollen, möchten die Franzosen das Übergewicht erwerben. Nicht allein durch ihr Heer, auch durch Kohle und Eisen wollen sie über Europa herrschen und nach Rußland vordringen.

Polen, dessen einst blühende Industrie ihr russisches Absatzgebiet verloren hat, befindet sich heute in bedenklicher wirtschaftlicher Lage. Es ist finanziell durchaus rückständig und der Handel entwickelt sich nur langsam und mühevoll, da der rastlose politische Ehrgeiz der Polen eine Beruhigung nicht zustande kommen läßt. Wirtschaftlich ist es für Polen namentlich nicht unbedenklich, daß es mit Deutschland wie mit Rußland schlecht steht. Rußland scheidet vorläufig für den polnischen Handel so gut wie völlig aus. Um so ungesunder ist daher im eigensten Interesse der Polen die feindselige Haltung, die sie bisher gegenüber Deutschland eingenommen haben. Die Tschechen, die sich selbst in Gultschin bereits ein Stück Oberschlesiens angeeignet haben und noch immer voll Begierde nach Leobschütz zu weiteren Teilen des Kreises Ratibor Auschau halten, sind in wirtschaftlicher Hinsicht klüger und versuchen, zu den Deutschen ein erträgliches Verhältnis auf wirtschaftlichem Gebiete herzustellen. Die wirtschaftlichen Verhandlungen, die durch die Aufteilung Oberschlesiens notwendig werden, könnten die Gelegenheit zu einer umfassenderen deutsch-polnischen Verständigung bieten. Deutschland vermag den an Oberschlesien begangenen Rechtsbruch niemals anzuerkennen, und es wird nicht die Hoffnung aufgeben, daß eine bessere Zukunft auch den deutschen Oberschlesiern einmal Gerechtigkeit wird zuteil werden lassen. Aber heute kommt es darauf an, den vom Vaterland losgetrennten Deutschen erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen. Das ist das Ziel, auf das die Deutschen jetzt hinarbeiten müssen. Was bei den bevorstehenden Verhandlungen, deren Ort noch völlig unbestimmt ist, erreicht werden kann, richtet sich in erster Linie danach, inwieweit die Polen bereit sind, entgegenzukommen und auf der Basis der Entscheidung der Entente eine Regelung zur erspriechlichen Zusammenarbeit in Oberschlesien zu treffen. Große Werte stehen hier auf dem Spiel, an deren Vernichtung Polen durchaus kein Interesse hat. Ist doch außer Oberschlesien und dem Teschener Gebiet nur Westpolen in gewissem Sinne produktiv. Während Polen sich zu der Zusammenkunft mit dem deutschen Bevollmächtigten, dem früheren Staatssekretär Dewald, rüstet und während Deutschland in dem ernstlichen Bemühen auch unter dem Eindruck des vernichtenden Schlages der ober-schlesischen Teilung Nützliches für die Zukunft zu schaffen, alle Kräfte zur gründlichen Klärung der zur Erörterung stehenden wichtigen Fragen heranzieht, haben in Warschau Verhandlungen zwischen Frankreich und Polen über einen Handels-

vertrug begonnen. Frankreich sucht also den durch den Erfolg in Oberschlesien erreichten Vorsprung umgehend auszunutzen, und es fragt sich, inwiefern Frankreich einen deutsch-polnischen Wirtschaftsausgleich begünstigen würde. Angesichts seiner Reparationsforderungen müßte Paris eigentlich bemüht sein, die vernichtende Beeinträchtigung des deutschen Wirtschaftslebens durch den Raub in Oberschlesien möglichst zu verhindern. Wie aber die Ausbrüche der französischen Presse über den in erster Linie durch die maßlosen Entschädigungsansprüche der Entente hervorgerufenen Sturz der Mark zeigen, ist ein deutscher Bankrott Frankreich vielleicht nicht unerwünscht, das so den direkten Zugriff auf die Deutschland noch verbliebenen Werte erhofft, ein Gesichtspunkt, dem Briand neulich Ausdruck verliehen hat. Bedenklich stimmen auch die Wühlereien der Polen gegen Rußland, denen sich neuerdings offenbar auch ein weiterer Schützling von Paris, Rumänien, angeschlossen hat. Hier könnten sich neue Abenteuer vorbereiten, die den Franzosen im Augenblick passen, weil diese Konflikte brauchen, um in Washington die Unentbehrlichkeit ihres Heeres als Polizeimacht für Europa zu begründen.

Große Wirkungen könnten von den deutsch-polnischen Verhandlungen ausgehen. Deutscherseits ist der beste Wille vorhanden, das möglichst zu erreichen, und hier wie bei den Beratungen der ständigen deutsch-polnischen Kommission auf dem Boden ruhiger Sachlichkeit zu verharren. Viel hängt von der Persönlichkeit des Vorsitzenden ab. Würde nicht ein wahrhaft Neutraler, sondern ein Werkzeug der Franzosen, etwa ein Tscheche oder ein Schweizer Ritter der Ehrenlegion wie Gusslave Udor zum Präsidenten bestellt, so wäre von vornherein eine zurückhaltende Beurteilung des Resultates gegeben. Das letzte Wort liegt aber bei den Polen, die hier an einem praktischen Beispiel zeigen können, ob sie wirklich imstande sind, eine selbständige, Polens wahren Interessen entsprechende Politik wirtschaftlicher Verständigung zu betreiben, oder ob sie sich damit begnügen wollen, die Schrittmacher des französischen Ausdehnungsdranges zu bleiben.



Oberschlesische, elsäßlothringische und saarländische Grenzfragen

Von Dr. Wütschke, Dessau



edes Staatswesen ist die Verkörperung eines politischen Grundgedankens, der einzig und allein aus einem einheitlichen **S t a a t s w i l l e n** zu entspringen vermag. Jeder Gemeinwille eines Volkes aber drängt zur Betätigung. Geschieht das, so muß der Staat sich bewußt gegen die von außen andringenden und angreifenden Gewalten, die diesen Staatswillen einzuengen versuchen, wenden, d. h. der Staatswillen wird zum Machtwillen.

Man hat sich gewöhnt, dieses Machttreiben aus dem engen Bereich des geographischen und völkischen Staatsraumes heraus, also seine weltwirt-